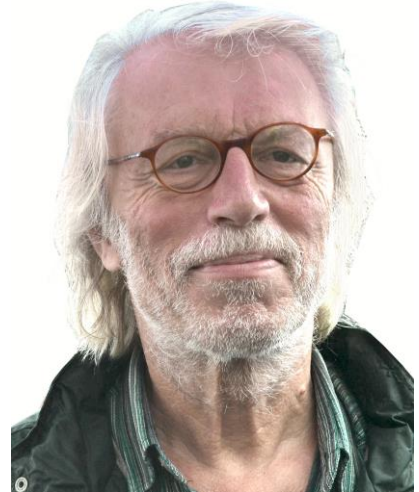


Kandidatur zum Landesvorstand der LINKEN.NRW

von Jürgen Aust

Der politische Gegner erhöht seit längerer Zeit seine „Schlagzahl“. Wachsende Kriegsgefahr durch einen gigantischen Anstieg der weltweiten Militärausgaben und eine sich zuspitzende Konfrontation mit Russland, verschärfte Repression durch neue Polizeigesetze oder politisch gewollte und wachsende Armutsverhältnisse. Wir sind als LINKE.NRW deshalb gefordert, auch unsererseits die „Schlagzahl“ zu erhöhen und den Widerstand konsequenter gegen diese desaströse Politik des herrschenden Machtkartells zu organisieren.



Die Linke steht deshalb 2018 vor anderen und neuen Herausforderungen, als bei ihrer Gründung im Jahre 2007. Die NRW-Landesregierung will in Kürze ein Polizeigesetz verabschieden, das bisher verbürgte Verfassungsgrundsätze außer Kraft setzt und gegen das sich bisher ein breiter Widerstand organisiert hat. Die LINKE sollte ein deutlich wahrnehmbarer Teil dieses Widerstandes sein. Deshalb sollten wir alle Anstrengungen unternehmen, dass die Demonstration in Düsseldorf am 07.07.18 zu einem unüberhobaren Protest und ein deutliches Signal des Widerstands wird.

Auch der nach der Sommerpause beginnende Europa-Wahlkampf muss für uns ein Anlass sein, unseren Widerstand gegen eine militaristische, neoliberale und undemokratische EU nicht nur in Veranstaltungen deutlich zu machen, sondern insbesondere auf die Straße zu tragen. Die EU soll nach dem Willen der Kommission gigantisch aufgerüstet werden und die deutsche Bundesregierung scheut keine Milliarden, um das Projekt der Flüchtlingsabwehr noch stärker zu militarisieren. Der Linken kommt deshalb die entscheidende Aufgabe zu, dieser desaströsen Politik ihre Alternativen entgegen zu setzen, wobei keine Harmonisierungsbestrebungen, sondern der Bruch mit dieser konzern- und bankendominierten EU eine entscheidende Forderung sein sollte.

Wir werden uns auch weiterhin in der Flüchtlings- und Migrationsdebatte konsequent positionieren müssen, da Seehofer und sein rechtspopulistischer Flügel nichts unversucht lassen werden, mit ihrem menschenverachtenden Rassismus die Anker-Zentren weiter zu forcieren und die Asylpraxis insgesamt zu verschärfen, wovon die Angriffe auf das Bamf in Bremen erst der Anfang waren. Ich werde mich deshalb im neugewählten Landesvorstand auch weiterhin für offene Grenzen, egal ob Flüchtlinge oder Arbeitsmigranten, stark machen. Die Losung von Pro Asyl „Menschenrechte kennen keine Obergrenzen“ ist für mich alternativlos.

Nicht zuletzt muss die Linke als eine Kraft erkennbarer werden, die sich mit allen Facetten der Agenda-Politik anlegt und ihre Alternativen deutlich macht. Einige besonders perverse Erscheinungsformen neoliberaler Politik sollten wir noch stärker in den Fokus stellen: Alleinerziehende mit Kindern werden auch in NRW zu Tausenden sanktioniert, deshalb Schluss mit jeglichen Sanktionen. Weder ein „Sozialer Arbeitsmarkt“ noch ein „Solidarisches Grundeinkommen“ à la SPD wollen sich vom Hartz IV-System verabschieden. Deshalb müssen wir noch lauter sagen: Hartz IV muss als ein menschenunwürdiges und repressives System weg!

Ich stehe in diesen Politikfeldern nach wie vor für eine widerständige und systemüberwindende Alternative zu den herrschenden Verhältnissen, denn es bleibt dabei: nicht das System hat Fehler, sondern das System ist der Fehler.